

BLICKPUNKT

Informationen aus Politik, Stadt und Kreis

V.i.S.d.P.: DKP Heidenheim Wilhelm Benz

Nr. 01

März 2017

Jahrgang 46

Preisgünstiger, kommunaler Wohnungsbau auch in Heidenheim notwendig !

Die Mieten in Baden-Württemberg sind 2016 deutlich angestiegen. Lag der Durchschnitt bundesweit bei 1,8 Prozent war er hier bei 2,7 Prozent. Einer Studie zufolge liegen von den 20 teuersten Städten Deutschlands neun im Südwesten, überwiegend im Raum Stuttgart. Warum die Mieten so hoch sind wird damit begründet weil es viele professionell geführte Wohnungsunternehmen gibt, die renditeorientiert arbeiten und die Mieten deswegen häufiger anheben. Viele Heidenheimer Mieter bei Vonovia können das bestätigen. Vor allem in der Oststadt wurden nach Sanierungsarbeiten die Mietpreise kräftig angehoben. Leittragende sind Menschen mit Gering – und Durchschnittseinkommen.

Nach Auffassung der DKP ist Wohnen ein Menschenrecht. Daher dürfen Wohnungen nicht zu Spekulationsobjekten für Miethaie werden. Zudem hat die völlig durchlöchernte Mietpreisbremse, die den Mietern helfen sollte, total versagt.

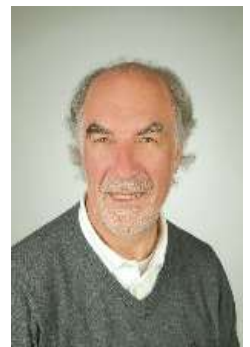
Nach Auffassung des Deutschen Mieterbundes (DMB) fehlen in Deutschland knapp 1 Million Wohnungen, insbesondere bezahlbare Mietwohnungen. In Deutschland würde zu wenig gebaut und wenn, dann baut Reich für Reich im oberen Preissegment. Notwendig seien vor allem mehr bezahlbare Mietwohnungen im mittleren und unterem Preisvergleich.

Die DKP sagt: Die Probleme auf den Wohnungsmärkten müssen so schnell wie möglich angepackt und gelöst werden. So schaffe die Wiedereinführung eines gemeinnützigen Wohnungsunternehmens dauerhaft bezahlbare Mieten. Bei einer Anhörung im Bundesausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau, ... sprachen sich vier von sechs Sachverständigen für eine neue Wohnungsgemeinnützigkeit aus.

Dafür steht die DKP:

- > **Bau von 1 Million Sozialwohnungen mit einer Mietpreisbindung von mindestens 25 Jahren.**
- > **Sofortige Einführung eines Zweckentfremdungs- und Leerstandsverbots für Wohnraum.**
- > **Kauf oder Anmietung leer stehender Wohnungen, z.B. Bei Vonovia, durch die Stadt Heidenheim zur Sanierung und Weitervermietung.**

**HDHer auf der
Landesliste der
DKP zur
Bundestagswahl**



Reinhard Püschel



Wilhelm Benz



Friedhelm Bühner

Kein Cent mehr fürs Militär!

Deutschland will über 34 Milliarden Euro für neue Waffen, Soldaten und Einsätze der Bundeswehr ausgeben. „Kriegs“ministerin Ursula von der Leyen plant sogar, den Rüstungshaushalt bis zum Jahr 2020 auf fast 40 Milliarden Euro zu erhöhen.

Und Bundeskanzlerin Angela Merkel will noch mehr: Nach ihren Vorstellungen sollte Deutschland „auf längere Perspektive 2 Prozent des Bruttosozialprodukt für Verteidigungsausgaben aufwenden“. Das wären dann ca. 60 Milliarden Euro.

Auch plant die Regierung, die Bundeswehr im Innern einzusetzen.



Jeder Euro, der in den Rüstungshaushalt fließt, fehlt für wichtige andere Aufgaben.

Daher fordert die DKP:

- Kein Geld für Kriegseinsätze und neue Rüstungsprojekte!
- Mehr Geld für Bildung und soziale Leistungen!
- Mehr Geld für zivile Konfliktbearbeitung!
- Arbeitsplätze statt Kriegseinsätze!



DKP-Bundestagskandidaten:

AKW-Gundremmingen sofort abschalten!

Mit einem „Offenen Brief“ wandten sich die Bundestagskandidaten Reinhard Püschel, Wilhelm Benz und Friedhelm Bühner an die Bundesumweltministerin Dr. Barbara Hendricks. In ihrem Brief erinnerten sie an die Atomkatastrophe von Fukushima, vor 6 Jahren.



Das bayerische AKW-Gundremmingen sei das älteste in Deutschland und daher sehr gefährlich. Erst Anfang Januar musste das, nach Wartungsarbeiten wieder in Betrieb genommene AKW, wieder abgeschaltet werden. Es wurde ein Leck im Sicherheitsbehälter gefunden, aus dem radioaktiver Wasserdampf ausgetreten ist. In diesen Tagen jährt sich auch zum 40. Mal der Totalschaden von Block A. An keinem Ort Deutschlands lagert so viel Atommüll wie hier in Gundremmingen. Zum Abklingen der tödlichen Strahlung muss dieser Abfall über eine Million Jahre sicher eingeschlossen werden.



Nach Auffassung der DKP-Bundestagskandidaten müsse die alternative Energiegewinnung wie Photovoltaik, Wind- und Wasserkraft schnellstens ausgebaut werden, um unseren Strom zu hundert Prozent aus erneuerbaren Energien zu gewinnen.

Die DKP-Kandidaten wünschen sich, dass die Ministerin gerade in der Wahlkampfzeit die gefährliche Atomkraft und die alternative Energiegewinnung zum Thema macht.

Heidenheimer Gemeinderat
**Mehrheit stimmt für
verkaufsoffenen Sonntag**

Nur 7 Stadträte stimmten dagegen. Schade, meint die DKP. Schon in den letzten Jahren habe er sich dagegen ausgesprochen, sagt DKP-Stadtrat Reinhard Püschel.

Der Sonntag ist ein Ruhetag und dient der Erholung. Er gehört der ganzen Familie. Der verkaufsoffene Sonntag ist grundgesetzwidrig.



In vielen deutschen Städten mussten aufgrund des Widerstands, vor allem seitens der Gewerkschaft ver.di, die beschlossenen Verkaufssonntage zurückgenommen werden.

Sehr zweifelhaft ist die Frage, ob längere Öffnungszeiten überhaupt mehr Kaufkraft schaffen und den Umsatz steigern können.

Es findet nur eine Verlagerung statt, denn wer kann sein Geld schon zweimal ausgeben?

Nicht verstanden wird seitens der DKP, warum sich die Kirchen in Heidenheim beim Kampf gegen den verkaufsoffenen Sonntag in den letzten Jahren so zurückhalten?

Bundesverfassungsgericht stärkt Position der Kirchen und Gewerkschaften Hamburg, 1. Dezember 2009

Sonntag ist nicht alle Tage!

Sonn- und Feiertage sind als „Tage der Arbeitsruhe“ geschützt, aus religiösen Gründen, aber auch zur persönlichen Erholung der Arbeitnehmer und ihrer Teilhabe am sozialen Leben. So urteilten heute die Richter des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe. Die vier verkaufsoffenen Adventssonntage in Berlin sind danach verfassungswidrig. Sie verstoßen gegen den Sonntagsschutz im Grundgesetz, so die Richter.

marxistisch - kritisch - analytisch



UZ

- unsere zeit -
Wochenzeitung der DKP



Jetzt 4 Wochen kostenlos probelesen!

Einfach E-Mail mit Name und Adresse an:
info@unsere-zeit.de - Tel.: 0201 - 17 78 89 23 - www.dkp.de

Spende!

Wir benötigen Deine/Ihre Unterstützung
Unsere Arbeit, vor allem unsere gedruckten
Veröffentlichungen kosten Geld!
Auch kleine Beträge sind herzlich willkommen!

DKP Heidenheim

IBAN: DE03 6325 0030 0000 4139 03

BIC: SOLADES1HDH

Kreissparkasse Heidenheim

Innenstadt-Tunnel? Verwendet die Millionen lieber für einen bezahlbaren Bus- und Bahnverkehr.

Für die DKP-Heidenheim hat der Masterplan „Innenstadt Heidenheim 2024“ einige gute Ansatzpunkte. Voraussetzung ist, dass der ÖPNV, Fuß- und Radwege, sowie Grünflächen und der soziale Wohnungsbau, ganz vorne anstehen.

Am Beispiel der geplanten Achse, also von der Innenstadt / Rathaus über den Bahnhofplatz bis zur WCM /Dualen Hochschule (DH), sollen bessere Fußgängerverbindungen geschaffen werden.

Die Visionen reichen von der Umgestaltung des Rathausplatzes als Bürgerplatz, ein deutlich verringerter Verkehr beim Eugen-Jaekle-Platz und Bahnhof und die Levillain-Anlage als kleinen Stadtpark. Auch eine neue Fuß- und Radwegbrücke zwischen Bahnhof und DH und dem erweiterten WCM-Areal kann ein Erfolg werden. Voraussetzung aber ist die Einbeziehung der Menschen in die Planungen.



Für die DKP ist eins klar: Einen Innenstadt-Tunnel braucht Heidenheim nicht!
Er würde nicht nur Millionen kosten sondern mit seiner sehr langen Bauzeit die Stadt ins Chaos stürzen. Ganz abgesehen von den ständig anfallenden Reparaturen.
Die Abgaswerte gehen nur zurück, wenn der Autoverkehr nachlässt. Der Umstieg der Menschen vom Auto auf Busse und Bahn kann nur geschehen, wenn sie für die Benutzer preisgünstig und deren Verbindungen besser sind. Nur so kann eine umweltfreundliche Stadt entstehen.

Streik ist wichtig und richtig

Ohne Streik würden Arbeiter und Angestellte keinen Cent Erhöhung auf ihren Lohn / ihr Gehalt bekommen.



Die vom statistischen Bundesamt Wiesbaden veröffentlichte Inflationsrate für Januar 2017 lag bei 1,9 %. Die Kosten für Energie und Kraftstoffe sind um 5,8 und für Nahrungsmittel um 3,2 % höher als im Januar 2016. Hinzu kommen explosionsartig gestiegene Mieten.

Da reichen 2 % mehr Lohn und Gehalt nicht aus.

Zudem geht bei einer reinen Prozentforderung die Kluft zwischen unteren und oberen Bezügen immer weiter auseinander. Da bringt nur eine Forderung nach einem Geldbetrag Abhilfe!

Die Gewerkschaft ver.di hat für den öffentlichen Dienst der Länder, mit seinem Abschluss von mindestens 75 € für die unteren Entgelte einen Schritt in die richtige Richtung getan. Mager fällt allerdings die prozentuale Steigerung um 2 % aus.



Wir wünschen allen im Tarifikampf befindlichen Beschäftigten viel Kraft und Ausdauer für die kommende Zeit. Die Mitglieder der DKP Heidenheim, unterstützen Eure Forderungen.

Streiks für die Verbesserung eurer Tarife sind demokratisches Grundrecht. Lasst euch nicht davon abbringen.